

Haushalt 2005

Rede der ödp-Sprecherin Heidi Stangl am 17.03.05

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herrn,

zunächst herzlichen Dank an die Verwaltung! Der Haushaltsentwurf stand heuer besonders frühzeitig, mit den ganzen Rechnungsergebnissen des Vorjahres und dem gewohnt informativen Vorbericht zur Verfügung. Wir hatten genügend Zeit uns damit zu befassen und den Haushalt zu diskutieren.

Erlauben Sie mir bitte, dass ich nicht die ganzen Eckdaten wiederhole. Ich möchte mich auch auf politische Aussagen beschränken, die den Markt Murnau betreffen. So also gleich zu meiner Stellungnahme:

Wir blicken zurück auf ein schwieriges Jahr im Gemeinderat, das für die meisten von uns mit viel Ärger und Frust verbunden war, wenn ich nur an das Hickhack um den Kleinen Federberg denke. Die Entscheidung darüber ist inzwischen in einem demokratischen Prozess gefallen, wenn auch sehr knapp. Die Veräußerung anderer Grundstücke aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag hat begonnen und wird bislang von uns mitgetragen. Erfreulich in diesem Zusammenhang die Aussage unseres Bürgermeisters: Sobald sich das Blatt wendet und sich die Finanzlage verbessert, wird der Abverkauf der Liegenschaften gestoppt. Das steht zum Glück im Gegensatz zum Vorschlag aus den Reihen der Freien Wähler im aktuellen Haushalt anstatt Kürzungen vorzunehmen weitere Grundstücke zu verkaufen um die Mindestzuführung zu erreichen. Im Statement des Bürgermeisters schwang zumindest damals noch ein gutes Stück Hoffnung auf einen kommunalen Finanzausgleich mit. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Schulterchluss der Kommunen wichtig. Es muss ein deutliches Signal gesetzt werden, dass es so nicht weitergehen kann, dass das Wasser wirklich bis zum Hals steht, dass akuter Handlungsbedarf seitens der Regierung besteht. So ist es vernünftig, den Haushalt genau so eng zu schnallen, dass er gerade noch genehmigt wird, ohne in vorseilendem Gehorsam einen „Musterhaushalt“ vorzulegen mit tiefen Einschnitten im freiwilligen Bereich oder weiteren Steuererhöhungen. Das ist der Verwaltung genau richtig gelungen. Der Eindruck könnte ansonsten entstehen, dass die Gemeinden und somit die Bürger wie eine Zitrone immer noch weiter ausgequetscht werden können. Der Boden des Fasses aber ist erreicht, wenn wir unsere kommunale Selbstverwaltung nicht ganz aufgeben und nur noch die Vollstrecker von überzogenen Sparplänen der Regierung sein wollen.

Die allgemeine Finanzlage Murnaus ist natürlich sehr ernst, aber wir stehen noch nicht vor dem Kollaps. Ich sehe nicht so schwarz wie mein Kollege von der roten Fraktion. Es trifft uns noch nicht so hart wie wichtige soziale Einrichtungen im Landkreis, die von einer 15-prozentigen Kürzung der Zuschüsse betroffen sind. Hier zur Abwechslung einige positive Meldungen:

Vielleicht vordergründig das Wichtigste für unsere Bürger: Steuererhöhungen sind keine vorgesehen.

Erfreulich, dass sich die Gewerbesteuerumlage seit 2003 fast halbiert hat, was einen Betrag von 500.000€ ausmacht.

Es wird in allen Bereichen gespart, aber es mussten keine größeren Streichungen vorgenommen werden.

Pauschale Kürzungen von Ausgabensätzen erfolgten nicht. Leider wurde aber eine Praktikantenstelle gestrichen, die als Ausbildungsplatz dringend notwendig gewesen wäre.

Die freiwilligen Leistungen blieben erhalten. Besonders erfreulich ist, dass die Fördergelder im sozialen Bereich und für die Sportvereine auf gewohnt hohem Niveau ausgezahlt werden können.

Die vorgesehene Sondertilgung und die damit verbundene Umschuldung helfen langfristig Gelder einzusparen. Die Niedrigzinsphase kommt uns zugute. So können trotz weiterer Kreditaufnahmen von vorgesehenen 400.000 € die Zinszahlungen verringert werden und ab 2006 senken sich auch die jährlichen

Tilgungszahlungen. Sinnvoll war auch letztes Jahr Ende September die Kreditaufnahme über 1 Mio. €, die unter anderem zur Aufbesserung der Liquidität der Kasse herangezogen werden kann. Bei der Bürgerversammlung im Juni hieß es noch, dass Defizite weniger durch langfristige Kredite als vielmehr durch Kassenkredite gedeckt würden. Das war sicher die teurere Variante.

Die Pro-Kopf-Verschuldung von ca. 800 € ist natürlich ziemlich hoch.

Vergleichszahlen gibt es allerdings nur von 2002. Damals lag der Durchschnitt in vergleichbaren Gemeinden bei 675 €. Bei der jetzigen Finanzmisere ist mit einer allgemeinen Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung zu rechnen. So erhöhte sich dieser Durchschnitt z.B. auch zwischen Dez. 2001 und Dez. 2002 um 27 €. Der Schuldenstand ist aus unserer Sicht bei der derzeit günstigen Zinslage also noch vertretbar.

Fast 300.000 € weniger Schlüsselzuweisung sind bitter, weisen aber auch auf eine Steigerung der Steuerkraft der Marktgemeinde hin.

Vorübergehend sehr entlastend und sinnvoll ist nach unserer Einschätzung, dass für eine Grundstücks-Rückerwerbsverpflichtung gegenüber der Kath. Kirchenstiftung, für die im Jahre 2009 ca. 675.000 € eingestellt werden müssten, eine Fristverlängerung um 5 Jahre erwirkt werden konnte.

Eine allgemeine Deckungsreserve von 30.000 € ist in den Haushalt eingestellt, zusätzlich stocken ganze 400.000 €, die im Haushalt 2004 für Grunderwerb zur Beseitigung des Bahnübergangs Kohlgruber Straße eingestellt waren und nicht abgerufen wurden, zumindest vorübergehend die allgemeinen Deckungsmittel auf. So bleiben aus unserer Sicht also weiterhin gewisse Gestaltungsspielräume. Wir sind nicht an einem Punkt angelangt, wo wir nur noch unseren Notstand verwalten können.

Große Investitionen sind im Haushalt zwar nicht vorgesehen, aber alles Notwendige wird getätigt. So kann z.B. für die Feuerwehr ein neues Fahrzeug beschafft werden, für den Umbau des kommunalen Finanzwesens sind 65.000 € vorgesehen und die Schulsportanlage an der Pechmannstraße soll jetzt endlich ein hoffentlich vernünftiges Bewässerungssystem erhalten. Wir wünschen uns, dass die neue

bürgerfreundliche Benutzungsordnung im kommenden Sommer endlich zum Tragen kommt und der Sportplatz nicht wieder wegen Düngemaßnahmen längerfristig gesperrt bleibt. Dann steht diese teure Sportstätte, die ja aus Steuergeldern finanziert wurde, unter Auflagen auch verantwortungsbewussten Murnauer Freizeitsportlern zur Benutzung offen.

Für den Straßenausbau sind wieder 120.000 € eingeplant. Hoffentlich kommt ein Teil dieses Geldes auch dem Lindenthal und der Lindenthalstraße zugute, damit diese demnächst dem erforderlichen Sicherheitsstandard wieder genügen, der derzeit bestimmt nicht eingehalten werden kann.

Schade übrigens, dass im Finanzplan bis 2008 für die Sanierung des Schützenplatzes kein Geld eingestellt wurde.

Dagegen ist anscheinend genügend Geld vorhanden, dass alle hölzernen Hinweisschilder für Fußgänger durch 08/15 Aluschilder ersetzt werden sollen. Diesem Projekt werden wir nicht zustimmen. Die liebevoll gestalteten alten Schilder gehören unverwechselbar zum Gesicht Murnaus. Wir erkennen keine Notwendigkeit in Zeiten knapper Kassen alle gut erhaltenen, gut verständlichen und richtig platzierten Schilder auf einmal durch teure, aber doch billig aussehende Aluschilder zu ersetzen. Sinnvoll wäre es, alle Schilder für Fußgänger sukzessive auf eine einheitliche Form zu bringen und sie natürlich mit etwas Abstand unterhalb der ähnlich gestalteten Straßennamen zu befestigen, damit keine Verwechslungen passieren. Ein Angebot für eine preisgünstige Ausführung liegt z.B. dem Verschönerungsverein über die Agendagruppe „Tourismus und Verkehr“ vor: Junge Maler-Azubis von der Weilheimer Berufsschule würden gerne die Gestaltung übernehmen.

Betrachten wir also unseren Gesamthaushalt, so können wir unserer Einschätzung nach durchaus zufrieden sein, dass wir in der derzeitigen allgemeinen Finanzkrise noch so gut über die Runden kommen. Entwarnung soll das keine sein. Wir werden uns weiterhin von Grundstücken [aus dem Geschäftsbesorgungsvertrag] trennen müssen. Natürlich muss auch weiter eisern gespart werden. Ich denke da zum Beispiel an unsere gigantischen Zahlen im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kulturpflege. Mit der Wirtschaftsprüfung im Schlossmuseum sind wir hier sicher auf dem richtigen Weg. Weiter aufblähen sollten wir diese Haushaltsstelle nicht. Mehrausgaben, z.B. für Oberbayerische Kulturtage, stelle ich hiermit in Frage. Die zukünftige Entwicklung Murnaus im Bereich Kulturpflege, die ja auch ein Standbein unserer Tourismuswerbung darstellt, halten wir so wichtig und fiskalisch gewichtig, dass wir sie im Rahmen unserer Leitbilddiskussion genau unter die Lupe nehmen sollten. Ich könnte mir gut vorstellen zu einem informellen Treffen zwischenzeitlich auch Frau Salmen, Herrn Köthe und Herrn Büttel als Vertreter wichtiger Institutionen dazubitten.

Gestatten Sie mir noch einen Blick über unseren Gemeindehaushalt hinaus. Die eigentlich bahnbrechenden Dinge und zukunftsgestaltenden Investitionen geschehen derzeit nämlich außerhalb des regulären Haushalts. Das meiste davon hat der

Gemeinderat mit großer fraktionsübergreifender Mehrheit auf den Weg gebracht. So entsteht über eine Stiftung ein neues Jugendheim. Ein Kraftakt, der anders nicht realisierbar gewesen wäre.

Gigantisch ist die Summe, die von unseren Gemeindewerken dieses Jahr investiert wird. Stolze 2.400.000 € fließen unter anderem in eine Energie und Kosten sparende Klärschlamm-trocknungshalle, in weitere Gewinn bringende Photovoltaikanlagen, den Anbau am Werksgebäude und in den Bahnhofsvorplatz. Investitionen, die nachhaltig sind und sowohl Murnau als auch unserer Wirtschaft in der Region zugute kommen.

Von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Marktgemeinde sind allerdings die Entscheidungen für das Kimmelgelände. Der Bebauungsplan dazu hängt jetzt zur Bürgerbeteiligung aus. Dieser Bebauungsplan mit Aufteilung in Gewerbegebiete und Wohngebiete und der Verkehrsplanung ist für Murnau so wichtig, dass wir vorschlagen: Wir Gemeinderäte sollten uns außerhalb der Sitzungen von Bauausschuss und Gemeinderat gemeinsam ein paar Stunden Zeit nehmen, ihn in aller Ruhe zu diskutieren. Das wäre ein weiterer dringend anstehender Baustein in unserer Leitbilddebatte.

Wegen der Bedeutung sämtlicher Beschlüsse über das Kimmelgelände für die ganze Marktgemeinde kann es unserer Meinung nach nicht sein, dass - außer, was den Bebauungsplan betrifft - all diese Beratungen und Entscheidungen nicht öffentlich in einem kleinen Gremium, nämlich dem Aufsichtsrat der Murnauer Grundstücks-Verwaltungs-GmbH, der MGV, stattfinden.

Alle öffentlichen Themen, die der Gemeinderat behandelt, sind im Vorfeld bekannt, werden in der Presse dargestellt und können diskutiert werden. Ein durchschaubarer Beratungsablauf ist im Gemeinderat schon lange gute demokratische Tradition. Nicht so in der MGV, für die das GmbH-Gesetz gilt. Nach unserer jetzigen Praxis ist eine öffentliche Debatte vor der nichtöffentlichen Beschlussfassung nicht möglich, die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen. Nicht einmal fraktionsintern kann über einzelne Entscheidungen des Aufsichtsrates diskutiert werden, da alle Aufsichtsräte der Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Auch nach den Geheimbeschlüssen darf sich kein Aufsichtsrat über die gefassten Beschlüsse äußern. Ein wichtiger Teil der Kommunalpolitik wird so der öffentlichen Kontrolle entzogen. Sehr gerne würde ich mich als Aufsichtsratsmitglied z.B. mit Gemeinderatskollegen und Lehrerkollegen über den Bau der neuen Schulturnhalle austauschen. Da darüber bisher in nichtöffentlichen Sitzungen beraten wurde, wage ich es aber nicht. Die Notwendigkeit einer Geheimhaltung kann ich allerdings auch nicht erkennen. Um dieser Misere abzuhelpen und die Öffentlichkeit stärker zu beteiligen, stellen wir folgenden Antrag:

Wir beantragen, dass

1. der Markt Murnau als Gesellschafter die Gesellschaftsverträge der oben genannten MGV -falls nötig – so ändert, dass die Geheimhaltungspflicht der Aufsichtsratsmitglieder beschränkt wird und künftig nur noch für solche Tagesordnungspunkte der Aufsichtsratssitzungen gilt, die zum Wohl des Unternehmens zwingend der Verschwiegenheit bedürfen.
2. den Medien alle Tagesordnungspunkte, die nach Absatz 1 nicht länger der

Geheimhaltungspflicht unterliegen, bereits vor der jeweiligen Aufsichtsratssitzung unter Angabe des Beratungsdatums mitgeteilt werden.

Unser Antrag fordert nicht die Öffentlichkeit der GmbH-Aufsichtsratssitzungen, sondern die Beschränkung der Geheimhaltungspflicht (s.o.). Dies ist möglich.

Das GmbH-Gesetz lässt zu, dass bei Unternehmen mit fakultativem Aufsichtsrat (bei einem Unternehmen mit weniger als 500 Mitarbeitern) die Geheimhaltungspflicht eingeschränkt wird. Das kann im Gesellschaftsvertrag geregelt werden. Die rechtliche Zulässigkeit einer Änderung im geforderten Sinn bestätigte aktuell das Verwaltungsgerichtsurteil des VG Regensburg vom 2.2.05.

Wir bitten, über unseren Antrag in der nächsten Gemeinderatssitzung zu entscheiden.